

# ***FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN***

164. Tagung der Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
am 29. Mai 2015

## **Antrag 9**

### **Konsumentenschutz: Glyphosat**

**Die AK Wien fordert ein Verbot der Verwendung von Glyphosat sowohl im privaten Gebrauch wie auch in der Landwirtschaft. Weiters sollten die Methoden der EU zur Ermittlung des gesundheitlichen Risikos von Pestiziden und deren Rückständen definiert werden.**

Glyphosat ist der Hauptwirkstoff im umstrittenen Unkrautvernichtungsmittel Round Up der U.S. amerikanischen Firma Monsanto. Es ist vergleichsweise kostengünstig, wasserlöslich und wird stark vom Boden absorbiert. Es kann in der Landwirtschaft zu drei verschiedenen Zeitpunkten verwendet werden: Vor der Ernte (zur berechenbaren Abreifung und Austrocknung von Getreide, zwischen Ernte der Winterfrucht und Aussaat der Sommerfrucht (um den Durchwuchs und Unkräuter zu verhindern), und um die Aussaat herum (ebenfalls um das Aufkommen von Unkräutern zu verhindern).

Das deutsche Bundesamt für Risikobewertung hat im Auftrag der EU (EU-Wirkstoffprüfung für Pestizide) im Jahr 2014 keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktions-schädigende oder fruchtschädigende Wirkung gefunden.

Demgegenüber hat die Internationale Agentur für Krebsforschung der WHO erst im März 2015 dieses weltweit am häufigsten eingesetzte Pestizid als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Expertinnen und Experten warnen schon seit Jahren vor der Gefährlichkeit dieses Pestizides, nicht ohne den Hintergrund vieler Studien.

Aufgrund dieser Diskrepanzen erscheint es nötig, die Methoden der EU zur Ermittlung des gesundheitlichen Risikos von Pestiziden und deren Rückständen neu zu definieren.

Konsumentinnen und Konsumenten werden bei Erwerb dieses Pestizides nicht darauf hingewiesen, dass es sich um eine „wahrscheinlich krebserregende“ Substanz handelt. Es liegt die Vermutung nahe, dass (nach mittlerweile jahrzehntelanger Anwendung in der Landwirtschaft) auch die Landwirtinnen und Landwirte nicht über die neue Einstufung der Internationalen Agentur für Krebsforschung der WHO Bescheid wissen.

Zum Schutz der privaten Anwenderinnen und Anwender, der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Landwirtinnen und Landwirte vor diesem „wahrscheinlich krebserregenden“ Pestizid erscheint ein rasches Verbot von Glyphosat dringend nötig.